



ZdK

Salzkörner

Materialien
für die Diskussion
in Kirche
und Gesellschaft

25. Jg. Nr. 3
Juni 2019

Editorial

Synodaler Weg

Wenn sich in diesen Wochen der einstimmige Beschluss der Vollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz konkretisiert, gemeinsam mit dem ZdK einen synodalen Weg zu zentralen Fragen im Nachgang zu den Ergebnissen der MHG-Studie zu gehen, dann gehört für uns neben den Fragen nach dem Umgang mit Macht in der Kirche, nach der Zukunft der priesterlichen Lebensformen und der Weiterentwicklung der kirchlichen Sexualmoral auch die Frage der Stellung der Frau in der Kirche dazu.

Für alle diese Themen gilt, wie Präsident Sternberg sagte, dass wir bereitstehen, die Vorbereitungen zügig voranzubringen, „wenn der Wille zu wirklicher Veränderung erkennbar wird.“ Das ist eine Bedingung. Zu lange wurden notwendige Veränderungen und anstehende Reformen blockiert.

Dabei ist eines klar: Veränderungen, Reformen, Weiterentwicklungen, ein „Aggiornamento“ in unserer Kirche sind nie Selbstzweck. Es geht uns nicht zuerst um das Wohl der Kirche. Es geht uns um das, wofür wir gemeinsam als Kirche da sind: das Evangelium zum Leuchten zu bringen. Es geht uns darum, dass Menschen von dem erfahren, was immer zählt. Dass sie Halt und Angenommensein im Glauben finden können, dass sie Zugänge zum tiefsten Grund unseres Daseins finden. Es geht uns um Gott.

Viele von uns empfinden es so, dass ein Teil der heutigen kirchlichen Wirklichkeit den Menschen die Wege verstellt, Gott zu finden. Gerade darum ist es so wichtig, einen verfassten, transparenten und verbindlichen Prozess unter Mitverantwortung der Laien zu beginnen, die Ergebnisse in der Kirche in Deutschland umzusetzen und weitere Themen gegebenenfalls in Rom gemeinschaftlich vorzutragen.

Stefan Vesper

Inhalt

Rüstungsexporte aus Deutschland ____2
Unauflösbare Dilemmasituation?
[Arnold Wallraff](#)

**Eine kritischere Sicht
auf die Vergangenheit** _____4
Umbau und Dekolonisierung des Afrika-
Museums in Belgien
[Guido Gryseels](#)

Frauen an die Spitze II _____6
Ergebnisse der Befragung „Frauen in Lei-
tungspositionen im ZdK, in den Diözesan-
räten und in den Organisationen der
AGKOD“
[Judith Otterbach](#)

Fridays for Future _____8
Viel mehr als nur Schule schwänzen
[Kerstin Stegemann](#)

**"Does it spark joy?"
Zwischen Komplexitätszumutungen
und Einfachheitsbedürfnissen** _____10
Die Salzburger Hochschulwochen 2019
[Martin Dürenberger](#)

„Uns schickt der Himmel“ _____12
Die 72-Stunden-Aktion des BDKJ
[Jonas Zink](#)



Rüstungsexporte aus Deutschland

Unauflösbare Dilemmasituation?

Ist ein weitgehendes Verbot von Rüstungsexporten noch zeitgemäß? Fordert nicht die Bedrohungslage in Europa eine exportaktive Rüstungsindustrie? Was ist mit Arbeitsmarktproblemen? Lassen Verfassungs- und Außenwirtschaftsrecht die geforderten Beschränkungen überhaupt zu? Macht die durch den Aachener Vertrag neu beschworene Alliance franco-allemande nicht Gemeinschaftsprojekte notwendig? Wird hier nicht Deutschlands ethischer Hochmut anderen Ländern aufgezwungen?

I. Ethisches Dilemma?

Rüstungsgütermärkte sind Märkte sui generis ähnlich Märkten für verschreibungspflichtige Arzneimittel: Angesichts ihres toxischen bzw. letalen Charakters erfolgen – jedenfalls bei den Kriegswaffen – Produktion wie Export nur mit staatlicher Genehmigung. Es geht um das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit, ethische Dilemmata ausschließendes vorrangiges Grund- und Menschenrecht. Export von Rüstungsgütern muss deshalb nach ähnlichen ethischen Kriterien beurteilt werden wie Androhung oder Anwendung von Gewalt. Es gilt der friedenspolitische, nicht der wirtschaftspolitische Primat.

Das bedeutet nicht, dass Rüstungsexporte grundsätzlich illegitim sind. Schließlich können Gewalt sowie deren Androhung und die dazu notwendigen Gewaltmittel legitime Funktionen im Rahmen staatlicher Sicherheitspolitik haben, zur Selbstverteidigung oder Abschreckung. Doch es ist ethisch erforderlich, dass Rüstungsexporte strengstens kontrolliert werden. Gewalt ist eines der schwersten Übel, das Menschen einander zufügen können. Dass ethische Bedenken möglicherweise in anderen europäischen Ländern keine Rolle spielen, kann für eine christlich fundierte Position keine Rolle spielen.

II. Ökonomisches Dilemma?

Exportgenehmigungsentscheidungen sind außen- und sicherheitspolitischer Natur, Rüstungsgüterexporte kein

Instrument der Wirtschaftspolitik. Exportregulierungen sind angesichts des gefährlichen Charakters der in Rede stehenden Güter sogar geboten und stellen keinen Verstoß gegen marktwirtschaftliche Grundprinzipien dar. Beschränkung von Drittlandsexporten verursachen allerdings bei betroffenen Unternehmen Kosten, die sie an den Staat als Auftraggeber und Regulierer weitergeben. Außerdem werden gegebenenfalls Beschäftigungsmöglichkeiten verhindert. Hier besteht also eine Dilemmasituation.

1. wird sie abgemildert durch die nachrangige gesamtwirtschaftliche Bedeutung der Rüstungsgüterproduktion: Lediglich gut 110.000 direkt und indirekt Beschäftigte arbeiten laut einer Studie des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie in der Verteidigungsindustrie.

2. sind Rüstungsgüter für den deutschen Export von geringer Bedeutung.

3. besteht angesichts des z. T. desolaten Zustandes wesentlicher Waffensysteme der Bundeswehr ein enormer Ersatzinvestitionsbedarf.

4. Wenn entsprechend den Ankündigungen der Bundesministerin der Verteidigung ihr Einzelplan auf 1,5 Prozent des BIP wächst, steigt der Investitionsanteil auf ca. 11,25 Mrd. Euro, fast das 1 1/2 fache des aktuellen Volumens, wenn auf 2 Prozent, verdoppelt er sich auf knapp 15 Mrd. Euro. Das reichte völlig aus, um auf jegliche Drittlandsexporte zu verzichten!

Weder müssen angesichts derartiger Perspektiven die Stückpreise für den Kunden Bundeswehr steigen noch die technischen Entwicklungs- und Innovationsfähigkeiten der deutschen wehrtechnischen Industrie leiden.

III. Rechtliches Dilemma?

Nach der grundlegenden Norm des Außenwirtschaftsgesetzes ist der Außenhandel frei. Gleichwohl stellt das Kriegswaffenkontrollgesetz den Export von Kriegswaffen unter staatlichen Genehmigungsvorbehalt. Auch der Export von sonstigen Rüstungsgütern kann nach dem Außenwirtschaftsgesetz beschränkt werden, um eine Störung des friedlichen Zusammenlebens der Völker oder der deutschen auswärtigen Beziehungen zu verhüten oder um wesentliche deutsche Sicherheitsinteressen zu gewährleisten, ohne dass das bisher erfolgreich vor Verwaltungsgerichten oder dem BVerfG angegriffen wurde. Ohnehin ist der Export in NATO-Länder, EU-Mitgliedstaaten sowie

Deutschland

Rüstungsexporte

NATO-gleichgestellte Länder (Australien, Japan, Neuseeland und Schweiz) nur aus besonderen politischen Gründen in Einzelfällen zu beschränken.

Demgegenüber wird nach den sog. Politischen Grundsätzen der Bundesregierung die Ausfuhr von Kriegswaffen in alle übrigen Länder „nicht genehmigt“: Nur wenn „besondere außen- oder sicherheitspolitische Interessen Deutschlands...für eine Genehmigung sprechen“, kann das „ausnahmsweise“ der Fall sein. Keine Exportgenehmigungen sollen erteilt werden in Länder, „die in bewaffnete Auseinandersetzungen verwickelt sind“, wo deren Ausbruch droht oder wo „Spannungen und Konflikte aufgelöst“ werden. Ähnlich restriktiv ist der sog. Gemeinsame Standpunkt der EU, den auch Deutschland akzeptiert hat. Angesichts dieser eindeutigen Regeln besteht kein rechtliches Dilemma im Hinblick auf eine restriktive Rüstungsexportpolitik! Gleichwohl gingen in den Jahren 2016 und 2017 über 90 Prozent der exportierten Kriegswaffen (gemessen am finanziellen Volumen) an z. T. menschenrechtlich höchst problematische Drittstaaten wie Saudi Arabien, Algerien oder die Vereinigten Arabischen Emirate. Die selbst gesetzten Grundsätze sind also von der Bundesregierung kaum beachtet bzw. in ihr Gegenteil verkehrt worden. Vielleicht bestand auch deshalb kein Anlass, die nur scheinbar restriktiven Regeln vor Gericht anzugreifen?

IV. Politisches Dilemma?

Nicht so einfach steht es um mögliche politische Dilemmata: Die Bundesregierung verliere an Einfluss auf große internationale Rüstungsvorhaben. Eine strenge deutsche Rüstungsexportpolitik schwäche die innereuropäische Zusammenarbeit insbesondere mit Frankreich. Deutschland und Frankreich benötigten gemeinsame politische Projekte, um einer Entfremdung in einer für den europäischen Zusammenhalt kritischen Phase entgegenzuwirken. Schließlich würde in Europa zunehmend „German-free“ produziert mit allen damit für die deutsche wehrtechnische Industrie verbundenen nachteiligen Folgen. Ist es insofern legitim, die Regeln beim Rüstungsexport zu lockern, um den Zusammenhalt zwischen großen Mitgliedsstaaten der EU zu stärken? Deutschland und Frankreich haben jedenfalls im Aachener Vertrag „eine Intensivierung der Erarbeitung gemeinsamer Verteidigungsprogramme beschlossen“.

Mit uneingeschränkter Zustimmung zu den bisher bekannten französischen Forderungen würde allerdings fast jegliche begrenzende deutsche Exportkontrolle obsolet, Opfer auf dem Altar der deutsch-französischen Freundschaft. Ist das so „unverzichtbar“, wie Politiker und gerade die Kanzlerin oft formulieren? Keineswegs! In den Schubladen der mit beiden Seiten vertrauten Experten existieren durchaus Lösungsmöglichkeiten:

- Listen mit unterschiedlich einzustufenden Ländern
- De-minimis-Klauseln, bei denen bis zu bestimmten Wert- oder Mengengrenzen keine vertiefte Exportkontrolle von Seiten des zuliefernden Landes stattfindet
- Listen von Waffensystemen unterschiedlicher Gefährlichkeit
- Schließlich matrixmäßige Kombinationen dieser Ansätze

Noch geringere oder gar keine Drittlandsexporte ohne Nachteile für die deutsche oder europäische Sicherheits- und Verteidigungsindustrie wären im Übrigen möglich, wenn durch erhöhte interne Militärausgaben und gebündelte, typenbereinigte effizientere Beschaffung die Stückkosten soweit gesenkt werden könnten, dass es keines Drittlandabsatzes mehr bedürfte.

Laut EU-Kommission vergeuden die Mitgliedstaaten bis zur Hälfte der aktuellen ca. 200 Milliarden Euro an addierten Rüstungsausgaben durch Typenvielfalt und Ineffizienz. Kosteneinsparungen können durch Zusammenlegung und Verringerung der Vielfalt und sollten nicht mehr durch Drittlandsexporte erfolgen. Hier bestehen erhebliche Möglichkeiten eines Ausgleichs, auch für mögliche Einschränkungen von Drittlandsexporten infolge der von der Großen Koalition angekündigten „Schärfung“ der Exportpolitik. Weder die deutsch-französische Kooperationsfähigkeit noch die deutsche wehrtechnische Industrie müssten also leiden, wenn Deutschland endlich mit einer Umsetzung seiner – jedenfalls auf dem Papier – strikten Rüstungsexportregeln beginnen würde!

| [Dipl. Volkswirt Dr. jur. Arnold Wallraff](#) |

Mitglied der Fachgruppe Rüstungsexporte der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE), Präsident a. D. des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA)

Eine kritischere Sicht auf die Vergangenheit

Umbau und Dekolonisierung des Afrika-Museums in Belgien

Das Royal Museum for Central Africa (RMCA) in Tervuren, Belgien, wurde 1898 von König Leopold II. als Musée du Congo gegründet. Es diente als Kolonial-Museum und Propagandainstrument belgischer Kolonialherrschaft, die bis zur Unabhängigkeit der DR Kongo 1960 währte. Heute ist das RMCA ein Forschungsinstitut des Bundes und wichtigster Bezugspunkt für das Thema Zentralafrika weltweit. Es forscht in fast 20 afrikanischen Ländern human- sowie naturwissenschaftlich und unterstützt im Durchschnitt 130 afrikanische Wissenschaftler jährlich finanziell. Es hat mit 125.000 ethnografischen Objekten, 10 Mio. zoologischen Proben, 4 km historischem Archiv, 300.000 geologischen Mustern sowie 1 Mio. Foto- und Filmaufnahmen die größte Afrika-Sammlung der Welt.

Grundüberlegung

Die Dauerausstellung blieb ab Mitte der 50er-Jahre bis zur vorübergehenden Schließung des Museums Ende 2013 nahezu unverändert. Darum hat die internationale Presse das Museum oft als das letzte Kolonialmuseum der Welt bezeichnet, ungeachtet der Tatsache, dass seine Forschung und die Wechselausstellungen international beachtet wurden. Da der Kongo 1960 unabhängig wurde, sah es dennoch so aus, als spiegele das Museum die Sicht Belgiens auf Afrika in seiner kolonialen Phase. Zudem schafft das historische Gebäude einen sehr starken kolonialen Bezug: Im zentralen Rundbau werden große Statuen gezeigt mit Titeln wie „Belgien bringt Wohl“ oder die Kongoleesen in stark erotisierter Form darstellen. An 45 Stellen ist das Monogramm des Königs zu sehen und etliche Galerien führen Zitate von ihm, die Kolonisation als Mission höherer Zivilisation bezeichnen.

Prozess

Um das vormalige Kolonialmuseum zu einem Museum mit direkter Verbindung zum zeitgenössischen Zentralafrika zu transformieren, hat das RMCA im Jahre 2002 ein Umbauprojekt gestartet. In einem ersten Schritt wurde ein Dialog

mit den afrikanischen Communities und Repräsentanten der afrikanischen Diaspora in Belgien initiiert. Es wurde als essentiell gesehen, die Ursprungsgemeinschaften der Sammlung eng in die Entwicklung des neuen Museums einzubeziehen.

Um den Perspektivwechsel auszugestalten, hat das Museum eine Reihe von Wechselausstellungen zur Gewissensprüfung und zur Sammlung der nötigen Expertisen organisiert. Bis dahin war der Umgang mit der kolonialen Vergangenheit in Belgien wenig erforscht oder Gegenstand öffentlicher Debatten. Von 2000 bis 2001 lief Exit Congo, worin die Herkunft der ethnografischen Sammlung sichtbar wurde. 2005 lief The Memory of Congo. The Colonial era, mit der die gewaltvollen, rassistischen und ausbeuterischen Vorgehensweisen herausgestellt wurden. Diese Ausstellung hatte 140.000 Besucher. Viel wichtiger war aber, dass in den Medien über acht Monate lang Diskussionen über die belgische Vergangenheit geführt wurden. 2010 präsentierte die Ausstellung Independence eine Sicht auf die DR Kongo auf der Basis kongolesischer Erzählungen. Ebenso startete das RMCA ein Artists in Residence-Programm für afrikanische Künstler, um mit der Sammlung zu arbeiten und um eine zeitgenössische Sicht darauf zu entwickeln.

Während es das erste Ziel war, die Inhalte des Museums zu erneuern, zeigte sich schnell, dass auch dessen Infrastruktur eine Überholung brauchte und es dem 21. Jahrhundert entsprechender, neuer Räumlichkeiten bedurfte.

Das neue Museum

Ab 2014 wurde das historische Gebäude vollständig renoviert. Im Zuge dessen wurden die historischen Vitrinen abgebaut und eine zentrale Bühnengestaltung installiert. Ein neuer Eingangspavillon wurde errichtet. Dieser ist mit dem historischen Gebäude durch eine unterirdische Galerie verbunden, in der Platz für Wechselausstellungen und eine Aula ist. In jeder Ecke des Museums werden interaktive Formate angeboten. Manche Ausstellungsräume wurden bewusst unverändert zu 1910 erhalten. Für Strecken mit einem besonders starken kolonialen Akzent haben ein Dutzend Künstler aus Zentralafrika Arbeiten angefertigt, um die jeweilige koloniale Aussage zu kontrastieren. Das Afrikanische ist zentral in der gesamten Ausstellung. Das Museum konnte seine Flä-

che auf fast 11.000 m² verdoppeln und ist komplett barrierefrei.

Die Neueröffnung erfolgte am 9. Dezember 2018. Über 400 meist ausländische Journalisten begleiteten das Ereignis. In den ersten vier Monaten konnten durchschnittlich über 10.000 Besucher pro Woche begrüßt werden. Gut 15 Prozent davon waren afrikanischer Herkunft, was eine große Steigerung zu früher ist. Insgesamt waren die öffentlichen Reaktionen sehr positiv und begeistert.

Manchen Kritikern gehen die Erneuerungen aber nicht weit genug, etwa im Hinblick auf einige Statuen, die heute als rassistisch bewertet gehören. Nun ist das historische Gebäude geschützt und manche Objekte können nicht davon entfernt werden. Indem wir diese aber kontextualisieren, können wir jüngeren Besuchern einen Dialog über alte und neue Sichtweisen eröffnen. Überhaupt hat sich das RMCA sehr deutlich gegen jede Form des Kolonialismus positioniert; es hat das belgische Regime als unmoralisch verurteilt und die Leiden der Afrikaner darunter anerkannt. Das bedeutet nicht, dass wir den individuellen Beitrag vieler Menschen, die mit großem Idealismus nach Zentralafrika aufgebrochen sind, nicht zu würdigen wissen. Es hat aber auch seine besondere Rolle im kolonialen System erkannt, wie es die vermeintliche Überlegenheit der europäischen Kultur gegenüber der afrikanischen gefördert hat.

Ist das Museum nun dekolonisiert?

Wir glauben einen Prozess angestoßen zu haben, der noch andauern muss. Wir konnten eng mit der afrikanischen Diaspora arbeiten, aber nun müssen wir von einem Beratungsprozess in eine Situation der gemeinsamen Entscheidungsfindung kommen. Wir liefern eine kritischere Sicht auf die Vergangenheit, aber wir müssen noch deutlicher die Folgen kolonialer Gewalt und Herrschaft abbilden. Unsere Sammlungen wurden fast nur von weißen Wissenschaftlern studiert, weshalb wir viel mehr Afrikaner einbeziehen müssen. Unsere Forschung muss mit größeren Partnerschaften in Afrika durchgeführt werden. Das Museum muss seine Diversität erhöhen und mehr Menschen afrikanischer Herkunft anstellen. Wie sehen aber auch, dass eine vollständige Dekolonisierung niemals möglich ist, wie wir auch die Geschichte nicht aus dem Gebäude herausbekommen.

Entschädigung

Zeitgleich zur Neueröffnung haben zwei Berater dem französischen Präsidenten Macron einen Bericht zur Notwendigkeit der Rückgabe kulturellen Erbes übergeben; diejenigen Sammlungen, die im Kolonialismus erworben wurden, sollten an ihre Herkunftsländer zurückgegeben werden. Das RMCA nimmt eine offene und konstruktive Haltung dazu ein. Wir sollten zumindest für einen einfacheren Zugang für afrikanische Museen sorgen. Die Rückgabe einzelner Objekte, besonders nach illegaler Aneignung, sollte natürlich erwogen werden. Die Rückgabe menschlicher Überreste soll erfolgen, wenn berechtigte Ansprüche darauf bestehen. Wir sollten ebenso einen Datenbestand privater und öffentlicher Besitze entwickeln sowie Bildmaterial digitalisieren.

Die meisten Ausstellungsstücke des RMCA allerdings stammen aus dem Kongo, der noch kein Nationalmuseum oder ein Lager dafür hat. Große Anstrengungen werden unternommen, um gemeinschaftlich die Leistungsfähigkeit des Kongo in Fragen des Managements von Sammlungen zu verbessern.

Wir sind vorsichtig mit dem deutschen Begriff „Raubkunst“, als ob alle gen Westen gebrachten Erbstücke Kunstwerke seien. Dabei handelt es sich meist um Alltagsgegenstände mit einem anthropologischen Wert. Weniger als 20 Prozent unserer Sammlungen können als Kunst gelten. Derzeit gibt es in Belgien keinen rechtlichen Rahmen für die Erstattung von Objekten oder menschlichen Überresten. Das kann sich bald ändern, wenn die gesellschaftliche Debatte fortgesetzt wird. Wir werden auch massiv in die Provenienzforschung investieren müssen, um klar feststellen zu können, unter welchen Bedingungen Sammlungen entstanden sind. Diese Debatte wird auch international geführt und bedarf erheblicher Investitionen, um Forderungen zu beantworten. Und natürlich wird es Folgedebatten geben. Die Erstattungsdiskussion ist komplex und zeigt abermals die Bedeutung des kulturellen Erbes sowie die Rolle der Museen zu dessen Schutz.

Guido Gryseels

Generaldirektor des Royal Museum for Central Africa (RCMA)

Frauen an die Spitze II

Ergebnisse der Befragung „Frauen in Leistungspositionen im ZdK, in den Diözesanräten und in den Organisationen der AGKOD“

Längst ist das Gesicht der katholischen Kirche in vielen Bereichen ein weibliches oder, wie es Thomas Sternberg, Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), treffend auf der letzten ZdK-Vollversammlung formulierte: „(...) ohne die Frauen läuft nichts“. Auch wenn die Übernahme kirchlicher Ämter wahrscheinlich noch in weiter Ferne liegt, stehen den Frauen im Bereich des organisierten Laienkatholizismus grundsätzlich alle Positionen offen. Doch wie gestaltet sich die Gleichberechtigung der Geschlechter im Bereich der kirchlichen Leitungsverantwortung in der Realität? Für das ZdK ist die gleichberechtigte Übernahme von Führungspositionen in der Kirche bereits seit vielen Jahren ein zentrales Anliegen. Im Jahr 2014 wurden die ZdK-Mitglieder dazu befragt, wie es um die Teilhabe von Frauen an Leitungsaufgaben im Bereich des Laienkatholizismus bestellt ist. Das Ergebnis fiel ausgesprochen positiv aus: Der Anteil der Frauen an den Führungspositionen lag bei einem guten Drittel. Da ein Drittel jedoch noch keine Parität darstellt, ließ das Ergebnis der Befragung Luft nach oben. Um mögliche Entwicklungen festzustellen, wurde die Umfrage nun – fünf Jahre später – erneut durchgeführt und wieder zeigt sich: Das Ergebnis ist nicht schlecht, doch nach wie vor kann es noch besser werden.

Um einen Vergleich der Daten herstellen zu können, wurde für die aktuelle Befragung der gleiche Fragebogen verwendet wie bereits 2014, konzipiert in Zusammenarbeit von ZdK und dem Büro für Evaluation und wissenschaftlichen Service. Auch die adressierten Verteiler entsprachen den Verteilern der vorherigen Umfrage: Befragt wurden das ZdK und der Katholikentag sowie die Bundesebene der direkten Mitgliedsorganisationen der Arbeitsgemeinschaft der katholischen Organisationen Deutschlands (AGKOD) und die im ZdK vertretenen Laienräte (Diözesanräte auf Diözesanebene, der Katholikenrat beim katholischen Militärbischof für die deutsche Bundeswehr und der Bundespastoralrat der Katholiken anderer Muttersprachen auf Bundesebene). Insgesamt betraf der Versand somit 129 Organisationen.

Erneut große Beteiligung

Im Zeitraum vom 14. November 2018 bis 28. Januar 2019 konnte eine Rücklaufquote von 87 Prozent erzielt werden. Aufgeschlüsselt nach Organisationen lag die Rücklaufquote bei den Diözesanräten sogar bei beeindruckenden 100 Prozent, während auf AGKOD-Ebene 83 Prozent erreicht werden konnten.

Die Fragen der quantitativen Untersuchung bezogen sich hauptsächlich auf die Geschlechterzusammensetzung der Vorstände und Leitungsgremien, der Vorsitzenden, der Geschäftsführung und der Bundesgeschäftsstellenleitung. Außerdem wurde abgefragt, ob sich Aussagen zur Geschlechterverteilung in Statuten oder Geschäftsordnungen finden und ob Frauenförderung im Allgemeinen ein Thema in der jeweiligen Organisation ist.

Hohe Frauenanteile in den untersuchten Leitungsgremien

Die Ergebnisse der Befragung zeigen, dass die Frauenanteile in den untersuchten Leitungsgremien nach wie vor außergewöhnlich hoch sind: In nahezu allen abgefragten Positionen ließ sich ein Frauenanteil zwischen 35 und 40 Prozent feststellen. Gleichzeitig fällt jedoch auch auf, dass die Anteile seit der letzten Befragung 2014 größtenteils – wenn überhaupt – nur minimal gesteigert werden konnten.

Die Betrachtung der Gesamtergebnisse zeigt, dass der Frauenanteil in den Leitungsgremien aller befragten Organisationen und Diözesanräte von 37 auf 39 Prozent leicht erhöht werden konnte, während der Anteil der weiblichen Vorsitzenden im Vergleich zu 2014 um sechs Prozentpunkte von 39 auf 36 Prozent fiel.

Ergebnisse der Diözesanräte

Bei den Diözesanräten stieg der Frauenanteil unter den stimmberechtigten Vorstandsmitgliedern nur gering von 36 auf 39 Prozent. Der Anteil weiblicher Vorsitzender fiel hingegen von 37 auf 35 Prozent.

Um deutliche 10 Prozent konnte der Frauenanteil an der Geschäftsführung der Diözesanräte gesteigert werden: Waren 2014 noch 44 Prozent der Geschäftsführungen weib-

Leitungspositionen Frauen

lich besetzt, konnte in diesem Bereich nun mit 54 Prozent das Ziel der paritätischen Teilhabe mehr als erfüllt werden. Gleichzeitig ist an dieser Stelle jedoch auch darauf hinzuweisen, dass sich der Anteil der ehrenamtlich ausgeübten Geschäftsführungen von 7 auf 11 Prozent erhöht hat. Im Gegensatz zu 33 Prozent im Jahr 2014 stieg der Anteil der Diözesanräte, in denen die Förderung von Frauen ein relevantes Thema ist, auf 39 Prozent an.

Ergebnisse der Organisationen der AGKOD, ZdK und Katholikentag

Bei der Bewertung der Ergebnisse der Organisationen ist zu beachten, dass es sich bei 12 Prozent der Organisationen, die sich an der Umfrage beteiligt haben, um Frauenorganisationen handelt, die dementsprechend den Anteil weiblicher Leitungskräfte zugunsten des Frauenanteils beeinflussen. Der Anteil der Männerorganisationen liegt bei 6 Prozent.

Der Frauenanteil unter den stimmberechtigten Mitgliedern der Leitungsgremien blieb innerhalb der letzten fünf Jahre nahezu gleich; er stieg unwesentlich von 40 auf 41 Prozent. Nimmt man die Frauen- und Männerorganisationen aus der Betrachtung heraus, liegt dieser Anteil heute jedoch lediglich bei 37 Prozent. Ebenso wie bei den Diözesanräten fiel der Anteil weiblicher Vorsitzender der Leitungsgremien der Verbände deutlich von 40 auf 32 Prozent. Ohne Frauen- und Männerorganisationen beträgt dieser Anteil heute sogar nur 25 Prozent.

Bemerkenswert ist bei der Befragung der Organisationen besonders die Besetzung der Bundesgeschäftsstellenleitungen: Eine differenzierte Aufschlüsselung der Ergebnisse nach Geschäftsstellengröße zeigt, dass der Frauenanteil hier sinkt, je mehr Mitarbeitende die Geschäftsstelle hat. Liegt der Frauenanteil bei den kleinen Geschäftsstellen mit 1 bis 10 Mitarbeitenden noch bei beachtlichen 53 Prozent, sinkt er bei den Geschäftsstellen mit 11 bis 70 Mitarbeitenden bereits auf 29 Prozent und erreicht bei den großen Geschäftsstellen mit 71 bis 464 Mitarbeitenden nur noch 19 Prozent. Auch bei den befragten Organisationen stieg der Anteil der Organisationen, für die Frauenförderung ein relevantes Thema darstellt, – wenn auch nur leicht – von 37 auf 41 Prozent.

Dennoch Veränderungsbedarf

Auch wenn sich die Anteile der Frauen in Führungspositionen nach wie vor auf einem stabilen Niveau befinden, zeigen die Ergebnisse doch auch, dass eine Steigerung dieses Anteils offensichtlich ein sehr zeitintensives Unterfangen darstellt. Innerhalb der letzten fünf Jahre konnten kaum erhebliche Erhöhungen der Frauenanteile erreicht werden. Bei den Vorsitzenden ist sogar ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen, und die Betrachtung der Bundesgeschäftsstellenleitungen zeigt, dass auch im Laienkatholizismus der Frauenanteil sinkt, je mehr Personalverantwortung mit der Leitungsposition einhergeht. Erfreulicherweise stieg zwar der Anteil der Organisationen und Diözesanräte, für die Frauenförderung ein Thema mit Relevanz darstellt, an. Jedoch wird dieser Anstieg von der Tatsache, dass immer noch nicht einmal die Hälfte der Befragten überhaupt die Notwendigkeit einer Förderung von Frauen erkennen, leider deutlich in den Schatten gestellt. Gleichzeitig ist zu beachten, dass es sich bei den untersuchten Leitungspositionen oftmals um ehrenamtlich ausgeführte Tätigkeiten handelt. Da auch gesamtgesellschaftlich betrachtet die meiste unentgeltliche Arbeit nach wie vor von Frauen geleistet wird und insbesondere in der katholischen Kirche im Bereich des Ehrenamtes „ohne die Frauen (nichts) läuft“, überrascht der relativ hohe Frauenanteil in der vorliegenden Untersuchung dann doch wieder nur in der Hinsicht, dass er eigentlich – entsprechend dem Engagement – wesentlich höher zu erwarten gewesen wäre.

Die Ergebnisse der Befragung machen deutlich, dass durch bloßes Abwarten keine Parität zu erreichen ist. Wie der Rückgang des Frauenanteils unter den Vorsitzenden zeigt, scheint sogar die Bewahrung des Ist-Zustandes nur mit Engagement und Einsatz für die Thematik möglich zu sein. Solange jedoch nicht einmal die Hälfte der befragten Organisationen Frauenförderung als Handlungsfeld für sich erkannt hat, ist bis zur Parität der Geschlechter in Leitungspositionen wohl noch ein weiter und mühsamer Weg zurückzulegen.

| [Judith Otterbach](#) |

Master of Arts, Politikwissenschaftlerin und katholische Theologin

Fridays for Future

Viel mehr als nur Schule schwänzen

Woche für Woche, immer am Freitagvormittag, treffen sich in zahlreichen Städten Deutschlands tausende Kinder und Jugendliche, um öffentlich zu zeigen, dass sie sich von den älteren Generationen ein schnelles und verbindliches Handeln wünschen, um unser Klima und unsere Umwelt zu schützen. Sie machen sich berechtigte Sorgen um ihre Zukunft und die Zukunft unseres Planeten. Sie und die folgenden Generationen sind diejenigen, die am meisten unter den Auswirkungen des Klimawandels werden leiden müssen. Sie fordern die Generation auf, die heute für Entscheidungen verantwortlich ist, sofort zu handeln, und zwar im Sinne des Umweltschutzes, und dabei wirtschaftliche Interessen nachrangig zu bewerten. Die Schüler*innen wollen, dass ihre Anliegen heute schon gehört werden. Sie selbst dürfen noch nicht wählen und können politische Entscheidungen somit nicht mitgestalten.

Statt einer ehrlichen Auseinandersetzung mit diesen gerechtfertigten Forderungen, wird den Kindern und Jugendlichen häufig vorgeworfen sie würden durch die Demonstrationen nur die Schule schwänzen wollen und durch ihr Fehlen wichtigen Lernstoff verpassen. Ein wirkliches Eingehen der Politik auf die Forderungen der Bewegung gibt es nur sehr begrenzt.

Dass wir in Deutschland eine Schulpflicht haben, ist eine großartige Sache. Es liegt somit nicht in der Entscheidung von Erziehungsberechtigten oder äußeren Umständen, ob ein Kind in die Schule geht, sondern jedes Kind in Deutschland hat so die Chance auf Bildung. Es ist richtig, dass die Wahrnehmung dieser Schulpflicht auch überprüft und umgesetzt wird.

Ehrliches Auseinandersetzen statt pauschalem Verweis auf die Schulpflicht

Auf der anderen Seite fehlen diese jungen Menschen nicht einfach in der Schule, weil sie keine Lust haben hinzugehen. Sie machen sich ehrliche und gerechtfertigte Sorgen um die Zukunft unserer Erde. Der Klimawandel ist keine vage, in der Zukunft anzunehmende Bedrohung. Der Klimawandel ist real und wir erleben ihn heute

schon: Menschen müssen ihre Heimat verlassen, weil diese unbewohnbar wird, zahlreiche Tierarten sind ausgestorben oder davon bedroht, Wetterkatastrophen und Hitzeperioden werden immer häufiger. Und das sind nur einige Beispiele.

Es ist also keine Zeit mehr für Kompromisse oder lange Beratungen. Wenn wir noch etwas tun wollen, müssen wir das heute tun! Die Kinder und Jugendlichen haben das erkannt und wollen das mit ihren Demonstrationen und Aktionen deutlich machen. Sie selber dürfen noch nicht wählen und können politische Prozesse nur sehr begrenzt mitgestalten und auf diese Weise nicht mitbestimmen. Diese Demonstrationen sind eine von wenigen Möglichkeiten und der von ihnen gewählte Weg, auf die öffentliche Debatte Einfluss zu nehmen.

Dass so viele junge Menschen sich auf den Demonstrationen und auch in Projekten konkret für das Klima einsetzen, wird wohl auch von nur wenigen Menschen kritisiert. Manche sprechen ihnen allerdings die Kompetenz ab, die Auswirkungen und Möglichkeiten wirklich beurteilen zu können und führen diese mangelnde Erfahrung auf das geringe Lebensalter zurück. Recht wohlwollend wird oft benannt, dass das Engagement geschätzt wird, aber doch eben am Wochenende, in der schulfreien Zeit, stattfinden soll – das wäre ja genauso gut.

Streiken in der schulfreien Zeit ist keine gute Alternative

Das ist jedoch zu wenig und verfehlt das eigentliche Anliegen der engagierten Schüler*innen. Ein regelmäßiges Demonstrieren, etwa an einem Samstagnachmittag, würde ein deutlich geringeres Maß an Aufmerksamkeit nach sich ziehen und dem Thema die Brisanz nehmen. Die Schüler*innen wollen mit diesen Demonstrationen eben nicht nur zeigen, was ihre Vorstellungen einer guten Zukunft sind, es geht ihnen auch konkret darum deutlich zu machen, dass sie die aktuelle Praxis, wie Umwelt- und Klimaschutz betrieben werden, nicht mehr mitmachen und vehement ablehnen. Sie wollen boykottieren und auf diese Weise ihrer Stimme Gehör verschaffen. Dazu ist der Boykott der Schule ihre Möglichkeit, am deutlichsten zu zeigen, dass nicht sie es sind, die sich ändern müssen,

sondern dass Politik und Gesellschaft endlich im Sinne der jüngeren Generation zu entscheiden haben. Also das zu tun, was die Schüler*innen u. a. auf ihren Plakaten fordern: „Macht ihr eure Hausaufgaben, dann machen wir unsere“.

Ziel eines Streiks ist es ja gerade zu zeigen, was fehlt, wenn etwas wegfällt. Durch die Abwesenheit im Unterricht zeigen die Schüler*innen die besondere Brisanz des Themas und machen deutlich, dass es eben keine Alternative zu einem sofortigen Handeln gibt.

Nicht zwingend muss die Teilnahme an den Demonstrationen dazu führen, dass auf Bildung verzichtet wird. Es gibt viele gute Beispiele an Schulen, wo Lehrer*innen sich im Unterricht mit der Thematik auseinandersetzen. Die Schüler*innen lernen, sich nach Abwägung aller Interessen eine eigene Meinung zu bilden und diese durchzusetzen, sie lernen das politische System kennen. Und sie lernen, sich zu organisieren. Das zeigt sich auch daran, wie sie es tun. Denn nicht immer fehlen am Freitag die gleichen Schüler*innen. Es gibt regelrechte Einsatzpläne, damit der Unterrichtsausfall sich für den oder die Einzelne in Grenzen hält. Hier zeigt sich eine junge Generation, die hochpolitisch und organisiert ist, die ein großes Interesse an gesellschaftlichen Fragestellungen hat – also gar nicht die Jugend, der oft vorgeworfen wird, teilnahms- und leidenschaftslos zu sein.

Unterstützung auch aus den Reihen der Jugendverbände

Viele der katholischen Jugendverbände unterstützen die Demonstrationen. Sie rufen zur Teilnahme auf oder sind dort selbst mit ihren Bannern vertreten. Weil es auch ihnen darum geht, dass in Sachen Klimaschutz etwas passieren muss und die Zeit zum Handeln drängt. Auch ihre Zielgruppe macht sich große Sorgen um die Umwelt und hat Angst vor den Folgen des Klimawandels. In den Jugendverbänden wird das Thema Umweltschutz vor allem durch inhaltliche Auseinandersetzungen bearbeitet, durch konkrete Projekte im Bereich des Umweltschutzes. Die Forderungen nach außen zu tragen und die Erwachsenen-Generation zum Handeln zu bringen ist ihre Motivation, die Bewegung zu unterstützen. Seit Jahren schon fordern

die (katholischen) Jugendverbände eine Absenkung des Wahlalters, um bereits heute schon der Generation eine Stimme zu geben, die noch die längste Zeit auf dieser Erde leben wird. Eine Beteiligung an politischen Entscheidungsprozessen wäre also vielleicht eine gute Alternative zum Boykott der Schule.

Dass es sich nicht allein um den Unterrichtsausfall dreht, hat sich spätestens in den Sommerferien oder an schulfreien Brückentagen gezeigt. Auch hier wurden die Demonstrationen fortgesetzt. Auch in den folgenden Wochen und Monaten werden weitere Fridays for Future-Demos stattfinden. Zwar hat die Bewegung inzwischen eine gute mediale Aufmerksamkeit bekommen, wird in Talk-Shows und zu Konferenzen eingeladen, wirklich viel passiert ist allerdings noch nicht. Weiter werden politische Entscheidungen getroffen, die nicht als erstes den Umwelt- und Klimaschutz im Fokus haben, sondern auf Maximierung von Gewinnen ausgerichtet sind.

In Münster konnte die Bewegung vor kurzem einen großen Erfolg erzielen. Sie hat sich dafür stark gemacht, dass in der Stadt Münster der Klima-Notstand erklärt werden konnte. Dies hat zur Folge, dass alle Entscheidungen des Rates künftig mit Blick auf die Auswirkungen für die Umwelt durchleuchtet werden müssen. Immer muss abgewogen werden, ob ein Gesetz, eine Verordnung oder vielleicht ein Bau-Vorhaben Auswirkungen auf Natur und Klima haben kann. Auf diese Weise findet Schritt für Schritt ein Umdenken statt.

Der Klimawandel lässt sich nicht mehr aufhalten, aber wir haben es heute in der Hand, die Auswirkungen so gering wie möglich zu halten. Auch als Christinnen und Christen haben wir den Auftrag, unsere Erde zu schützen. Sie ist Lebensgrundlage für viele Millionen Menschen. Unsere Aufgabe sollte es sein, diese zu bewahren und zu schützen. Hören wir also auf die Anliegen der Schülerinnen und Schüler und sorgen auf diese Weise dafür, dass sie bald auch freitags wieder alle im Unterricht anwesend sind.

| Kerstin Stegemann

Vorsitzende des Diözesankomitees der Katholiken im Bistum Münster

Does it spark joy? Zwischen Komplexitätszu- mutungen und Einfachheits- bedürfnissen

Die Salzburger Hochschulwochen 2019

Does it spark joy? Es ist diese sehr simple Frage, mit der Marie Kondo versucht, Ordnung in die Dinge zu bringen. Die 34-jährige Bestsellerautorin aus Japan ist das, was man gemeinhin Lebensberaterin nennt. Sie verspricht Hilfe, wenn es darum geht, das Chaos in den eigenen vier Wänden zu beseitigen. Aber natürlich geht es dabei um mehr als schnelle Putz- und Aufräumdienste: Wer sie bucht, will Ordnung nicht nur in seine Wohnung, sondern vor allem in sein Leben bringen. Das führt nicht nur zu millionenfach verkauften Büchern, sondern 2019 auch zu einer eigenen Serie auf Netflix: *Aufräumen mit Marie Kondo*. Kondos Schlüssel für gelingendes Ordnen und Aufräumen ist die simple Frage des Eingangs: *Macht es mir Freude?* Tut es das, kann der Gegenstand in der Wohnung und damit im eigenen Leben bleiben – tut er es nicht, soll man sich nicht länger damit belasten und ihn wegwerfen.

An dieses Vorgehen lassen sich mehr als nur zwei Fragen stellen, von Interesse scheint aber vor allem die größere geistesgeschichtliche Konstellation, in der Kondo ihre Verheiligung geordneten Lebens setzt: In einer Welt, die zunehmend als unglaublich komplex, chaotisch und nicht steuerbar erlebt wird, setzt sie bewusst auf das Versprechen, zumindest in die kleine Welt der eigenen vier Wände Ordnung bringen zu können – und zwar durch Reduktion. Wie in einer Nusschale greifen hier zwei Bewegungen ineinander, die Signaturen unserer Gegenwart bilden: die Komplexität der Welt und unsere Sehnsucht nach Einfachheit.

Algorithmen, Populismen und der Exorzismus der Ambivalenz

Beide Bewegungen schreiben sich in Biographien ein, beide gehen aber weit darüber hinaus: Es ist kein Zufall, dass Technologiekonzerne aktuell forciert auf künstliche Intelligenz und *deep learning* setzen – damit ist für AnwenderIn-

nen wesentlich ein Versprechen der Komplexitätsreduktion verbunden. Auch populistische Bewegungen bespielen die Schnittstelle von komplexen Problemlagen und Einfachheitsbedürfnissen. Ihr Paradigma ist nicht das Verstehen, sondern der Wille, ist nicht der selbstlernende Algorithmus, sondern die Fiktion von Souveränität: Wenn man nur entschlossen genug draufhaut, so suggeriert der politische Grundgestus des Populismus, lässt sich der gordische Knoten der Weltprobleme schon lösen – oder das Ei des Kolumbus zum Stehen bringen. Dass die Spannung von Komplexität und Einfachheit auch religiös hochgradig virulent ist, erklärt sich beinahe von selbst: Fundamentalistische Spielarten von Religion wollen nicht nur der Welt, sondern auch heiligen Texten ihre Ambivalenzen austreiben – aber sie tun es um den Preis, weder den Texten noch den Menschen gerecht zu werden.

Es ließe sich noch eine Reihe ähnlicher Phänomene aufzählen, die sich jeweils von der beschriebenen Grundspannung her deuten lassen: dem Zueinander von Komplexität und Einfachheit, das unsere Leben und Gesellschaften durchmustert. Wer als Christin und Christ in kritischer Zeitgenossenschaft leben will, kann den damit verbundenen Spannungen nicht ausweichen. Sie sind ein Zeichen der Zeit, das den eigenen Glauben denkerisch herausfordert. Genau dieser Herausforderung stellen sich in diesem Jahr die Salzburger Hochschulwochen.

Die großen Fragen im Salzburger Sommer

Die Veranstaltung, die jedes Jahr während der Festspiele mitten in der Salzburger Altstadt stattfindet, gilt als eine traditionsreichsten Sommeruniversitäten Europas. Es ist durchaus eine bewegte Tradition, wie bereits ein kurzer Blick in die Geschichte zeigt: Als Gründung der Benediktiner des gesamten deutschen Sprachraumes finden sie 1931 erstmals statt, mit dem Anspruch, eine *universitas catholica in nuce* zu sein. Zwar wird die Veranstaltung 1938 wegen „staatsfeindlicher Tätigkeit“ von den Nationalsozialisten verboten, aber schon 1945 findet ein Neustart statt. Vom II. Vatikanum inspiriert werden die Hochschulwochen als Forum entwickelt, auf dem die Theologie gemeinsam mit allen anderen Wissenschaften grundsätzliche wie aktuelle Fragen aufgreift. Über die Jahrzehnte profilieren sie sich so – mit ReferentInnen wie Karl Rahner, Joseph Ratzinger, Hans-Georg Gadamer,

Hans Urs von Balthasar, Ruth Klüger, August Everding, Gesine Schwan u. v. a. m. – als Ort offener, intellektueller, fragender Katholizität.

Heute sind die Hochschulwochen eine Veranstaltung der Katholisch-Theologischen Fakultät Salzburg und in die hiesige Universität integriert. Die traditionsreichen Verbindungen, auch nach Deutschland, bestehen freilich weiterhin: Nach wie vor sind die Salzburger Äbtekonzferenz der Benediktiner, das Katholische Hochschulwerk Salzburg, die Görres-Gesellschaft, die Katholischen Akademikerverbände Deutschlands und Österreichs sowie das Forum Hochschule und Kirche der Deutschen Bischofskonferenz an der Organisation beteiligt. Die Akteure eint das Anliegen, dass der Glaube Räume braucht, um unaufgeregt die großen Fragen zu stellen und nicht denkerisch zu verkümmern – und die Erfahrung, dass die Salzburger Hochschulwochen ein solcher Raum sind.

Intellektuelle, geistliche und kulturelle Sommerfrische

In diesem Jahr widmet sich diese *smarte Sommerfrische* vom 29. Juli bis zum 4. August dem eingangs beschriebenen Zueinander der Komplexität der Welt und der Sehnsucht nach Einfachheit. Sie tut es mit einem Mix frischer Formate und hochkarätiger ReferentInnen. So wird etwa der Freiburger Fundamentaltheologe Magnus Striet den theologischen Eröffnungsvortrag halten, die Medienwissenschaftlerin Claudia Nothelle über die mediale Verarbeitung von Komplexität referieren oder der Münsteraner Arabist Thomas Bauer über die Suche nach Eindeutigkeit sprechen – viele andere ließen sich noch nennen. Für junge TeilnehmerInnen werden eigene Workshops angeboten, daneben gibt es einen Wettbewerb für Wissenschaftskommunikation, Diskussionsformate, eine Lesung des Schriftstellers Patrick Roth u. v. a. Der viel beachtete *Preis für ein Lebenswerk* wird in diesem Jahr an Karl-Josef Kuschel verliehen.

Hinzu kommt ein geistliches und kulturelles Rahmenprogramm: Der Mainzer Bischof Kohlgraf wird den Eröffnungsgottesdienst zelebrieren, Max Cappabianca OP im Lauf der Woche *Prediger der Hochschulwoche* sein. Ein kulturelles Highlight bildet fraglos wieder das Sommerfest im Garten des erzbischöflichen Hauses, zu dem der Erzbischof von Salzburg, Franz Lackner OFM, traditionell lädt. Den festlichen

Abschluss bildet am 4. August ein Gottesdienst im Salzburger Dom, bei dem der Bischof der Diözese Bozen-Brixen, Ivo Muser, predigt. Beim anschließenden Festakt spricht der scheidende Rektor der Universität Salzburg, der Philosoph und Theologe Heinrich Schmidinger, über „Humanismus in Zeiten wie diesen“.

Komplexitätszumutungen und Einfachheitsbedürfnisse

Das detaillierte Programm findet sich auf www.salzburger-hochschulwochen.at – es greift in vielen Aspekten auf, was eingangs als Problem skizziert wurde: dass wir in vielen Bereichen unseres (Zusammen-)Lebens Fragen nicht ausweichen können, die sich aus der Komplexität der Welt und der Sehnsucht nach Einfachheit ergeben. Welche Bildung brauchen wir für unsere Kinder und eine Zukunft, in der Komplexität weiter zunehmen wird? Wie lässt sich rational mit Uneindeutigkeit und Nicht-Kontrollierbarkeit umgehen, mit dem, was sich der Reduktion auf simple Lösungen sperrt? Wie können unsere Gesellschaften immun gegen die Versuchung einfacher Antworten werden? Aber auch: Welche Form von Vereinfachung braucht es, wo ist Reduktion ein Gebot der Stunde?

Does it spark joy? Es mag sein, dass Marie Kondos Frage im privaten Bereich mitunter helfen kann, um ein wenig Überblick in unübersichtlichen Lebenslagen zu gewinnen. Aber es ist offensichtlich, dass sehr viel mehr Fragen zu stellen sind, wenn wir Komplexitätszumutungen und Einfachheitsbedürfnisse umfassend verstehen und produktiv verarbeiten wollen: *denkerisch, existentiell, glaubend*. Diese Fragen finden bei den Hochschulwochen einen Raum, um sie angeregt, aber mit der Leichtigkeit des Sommers zu diskutieren. Ganz im Sinn einer smarten Sommerfrische.

Dr. Martin Dürnberger

Assoz. Professor für Fundamentaltheologie und Ökumenische Theologie an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Salzburg, seit September 2015 Leiter der Salzburger Hochschulwochen

„Uns schickt der Himmel“

Die 72-Stunden-Aktion des BDKJ

Wenn sich in ganz Deutschland Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene vornehmen, in drei Tagen die Welt ein bisschen besser zu machen, dann ist wieder die 72-Stunden-Aktion des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ): Dann werden Insektenhotels gebaut, Müll gesammelt, Nachbarschaftsfeste organisiert und Barfußpfade angelegt.

Die Frage des Ursprungs der Aktion ist nicht ganz geklärt. Allerdings gab es schon lange in den katholischen Jugendverbänden ein großes Interesse an Aktionen, die das Engagement der jungen Menschen in wenigen Tagen sichtbar machen: So organisierte die KLJB Oldenburg bereits 1993 eine regionale 72-Stunden-Aktion. 2001 gab es dann im Erzbistum Freiburg eine ähnliche Aktion. Nachdem 2009 die Südwest- und Westdiözesen eine gemeinsame Aktion durchführten, beschloss die Hauptversammlung des BDKJ, zum ersten Mal ein bundesweites Projekt anzustoßen. Und diese 72-Stunden-Aktion im Jahr 2013 war ein voller Erfolg! In allen Diözesen und allen Bundesländern, von Hamburg bis Freiburg und von Dresden bis Aachen wurden zwischen dem 13. und 16. Juni 2013 soziale Projekte umgesetzt. Das alles unter dem Motto „Uns schickt der Himmel“. Infolgedessen beschloss das höchste Gremium des BDKJ, dass 2019 eine weitere Aktion stattfinden sollte.

Im Mai 2019 gaben wieder zehntausende Engagierte ihrem Glauben Hand und Fuß. Über 85.000 junge Menschen initiierten rund 3.400 soziale, politische und ökologische Projekte, insgesamt beteiligten sich schätzungsweise über 160.000 Menschen aller Generationen in ganz Deutschland.

Die unterschiedlichen Projekte spiegelten die Vielfältigkeit wider, die die alltägliche Arbeit in den katholischen Jugendverbänden auszeichnet. Eine Gruppe im Bistum Aachen führte eine U18-Wahl durch und machte so auf die Europawahl am 26. Mai aufmerksam. Andere Gruppen veranstalteten einen Second-Hand-Flohmarkt, markierten in ihrer Gemeinde Barrieren für Menschen mit Behinderung oder nahmen sich vor, in 72 Stunden die Bibel einmal durchzulesen. Ganz hoch im Kurs standen in diesem Jahr Insektenhotels. Viele Gruppen beschäftigten sich im Vorfeld der Aktion mit dem Artensterben und insbesondere dem Insektensterben. Um dem entgegenzuwirken, wurden in ganz Deutschland regelrechte Luxushotels für Insekten aufgebaut. Die bundesweite Wohnungsnot sollte so zumindest bei Insekten für die kommenden Monate gelindert sein. „So viel Engagement in 72 Stunden zeigt, dass junge Menschen in unserer Gesellschaft nicht abwarten, sondern aktiv eine tragende Rolle einnehmen. So sieht Kirche aus, wenn man junge Menschen machen lässt“, sagte der BDKJ-Bundesvorsitzende Thomas Andonie zum Abschluss der Sozialaktion. Einzige Anmeldebedingung für die Gruppen war der Wunsch, die Welt in drei Tagen ein bisschen besser zu machen. Auf der Internetseite www.72stunden.de hatte sich die erste Gruppe bereits beim Katholikentag 2018 in Münster angemeldet. Während der Aktionstage waren nicht nur verbandliche Gruppen aktiv, sondern auch Schulklassen, Ministrant*innen und Gruppen aus Jugendverbänden verschiedener Religionen.

Auch wenn die Bibel nicht ganz durchgelesen werden konnte, wird nach der Aktion deutlich, dass die meisten Gruppen ihre Aufgabe erfolgreich beenden konnten. Und viele Projekte werden auch in den kommenden Monaten und Jahren noch wirken. Die Kontakte zum Altenheim bleiben bestehen, die gelernten Informationen über Insekten können weitergegeben werden und bald steht die nächste Wahl an, bei der einige Jugendliche dann auch in offiziellen Wahlkabinen mitbestimmen können. Die 72-Stunden-Aktion wird jetzt wissenschaftlich ausgewertet. Auf dieser Grundlage entscheidet die Hauptversammlung des BDKJ, ob eine weitere bundesweite Aktion stattfinden wird. Das Motto „Uns schickt der Himmel“ wird bis dahin tagtäglich in der Arbeit der katholischen Jugendverbände weitergelebt.

| Jonas Zink

Projektreferent für die 72-Stunden-Aktion bei der BDKJ-Bundesstelle